THE LUTHERAN WORLD FEDERATION

LUTHERISCHER WELTBUND - LUTHERSKA VÄRLDSFÖRBUNDET - FÉDÉRATION LUTHÉRIENNE MONDIALE

P.O. BOX 2100 - ROUTE DE FERNEY 150 - 1211 GENEVA 2 SWITZERLAND

DEPARTMENT OF STUDIES / STUDIENABTEILUNG

Telephon 791 61 11
Telex 415 730 OIK CH
FAX +22-791 03 61

EXPRESS

Schweizerische Gesandtschaft
Visaabteilung
Postfach 33-01

DDR - 1006 Berlin - Pankow

Genf, den 22. Januar 1990

EINLADUNG

Innerhalb eines Studienprojektes über Schöpfung und ökonomische Entwicklung lädt die Studienabteilung des LWB die Herren

Dr. Arzt, Berlin

und

Dr. Gebhard, Potsdam

zu einem Arbeitsgespräch

vom 26. bis 30. Januar 1990

nach Genf ein.

Dieses Gespräch wird gemeinsam veranstaltet vom Institute of Common Sense und der Inheritance International. Diese Institutionen übernehmen auch die Kosten für den Aufenthalt der beiden Herren in Genf.

Wir möchten höflich darum bitten, die Visa für die beiden genannten Personen in geeigneter Frist zu erteilen.

Mit bestem Dank und freundlichen Grüssen,

Dr. Götz Planer-Friedrich

INSTITUTE OF COMMON SENSE

5 chemin des Crêts-de-Champel , 1206 Geneva , Switzerland

TEL: 751 15 33

ERGEBNIS-PROTOKOLL

Auf Einladung der Studienabteilung des Lutherischen Weltbundes, vertreten durch Herrn Dr. Goetz Planer-Friedrich, fand zu einem Studienprojekt "oekonomische Entwicklung" (speziell das Volkseigentum der DDR betreffend) eine Arbeitskonferenz vom 16. bis 19.02.1990 in Genf statt.

Diskussions-Teilnehmer waren unter anderen die Herren:

Daryl Gay (Inheritance International, Genf),
Gunter Breitling (Institute of Common Sense, Genf),
Dr. Matthias Artzt (Freie Forschungsgemeinschaft Selbstorganisation, DDR),
Dr. Gerd Gebhardt (Freie Forschungsgemeinschaft Selbstorganisation, DDR),

Die DDR-Teilnehmer verteidigten die Vorlage Nr. 12-29 fuer die 12. Sitzung des Runden Tisches vom 12.02.1990 "Treuhandgesellschaft Volkseigentum Holding" auf sachliche Funktionsfaehigkeit.

Es wurden gemeinsam etliche Praezisierungen erarbeitet und zu Protokoll genommen. Das Projekt realisiert auch die Idee "Urpfandbriefe" (in Berlin am 08.01.1990 vorgelegt) der Genfer Diskussionsteilnehmer.

Zwischen den Teilnehmern der Konferenz wurde in allen Punkten Uebereinstimmung erzielt.

Genf, am 19.02.1990

G. Breitling

Runder Tisch
12. Sitzung
12. Februar 1990

Vorlage Nr. 12/29

Freies Forschungskollegium »Selbstorganisation«

für Wissenskatalyse an Knotenpunkten

Mitglieder des Gründungsvereins: Gerd Gebhardt[1], Matthias Artzt[2], Rainer Schönfelder[3], Wolfgang Ullmann[4], Jànos Wolf[5], Hans Blüher[6], Hans Lehmann[7]

Potsdam, den 11.02.1990
Tel. 78106

beauftragt: Dr. Gerd Gebhardt
R.-Breitscheid-Straße 82 a
Potsdam, DDR - 1590

An den
Ministerpräsidenten der DDR,
Herrn Dr. Hans Modrow

und an
die Vertreter am "Runden Tisch" der DDR
B E R L I N

Vorschlag der umgehenden Bildung einer "Treuhandgesellschaft (Holding) zur Wahrung der Anteilsrechte der Bürger mit DDR-Staatsbürgerschaft am »Volkseigentum« der DDR"

Öffenbar ist statt einer deutschen Fusionslösong eine baldige Angliederung der DDR an die Bundesrepublik Deutschland wahrscheinlich geworden. Damit 40 so schrecklich fehlgeleitete Lebensjahre voller Arbeit und Mühen für die Bürger der DDR nicht gänzlich ergebnislos bleiben, wird der o.g. Vorschlag unterbreitet. Durch die sofortige Schaffung der o.g. Kapital-Holding-Treuhandgesellschaft als neues Rechts-Subjekt würde dafür Sorge getragen werden, daß das in Volksbesitz befindliche Eigentum - soweit es sich als demokratisch legitimiert bzw. durch Kriegsergebnisse zustandegekommen erweisen wird - in der DDR nicht herrenlos wird und einfach verloren geht (an wen mit welcher Berechtigung ?).

Die Verlustgefahr resultiert daraus, daß die Rechtskonstruktion "Volkseigentum" nicht im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, dessen Geltungsbereich ja vermutlich auf das Territorium der DDR ausgedehnt werden wird, enthalten ist.
Deshalb muß umgehend das Volkseigentum in eine Form transformiert werden, die den Rechts- und Eigentumsformen der Bundesrepublik entspricht.

Als erste Handlung mußte diese Holding-Gesellschaft gleichwertige An-

---

1. Geschäftsführer Institutsbereich Potsdam.
   Dipl.-Phys. (wissenschaftlicher Gutachter für Umwelthygiene, Bezirks-Hygieneinspektion u.-institut Potsdam) und: Dr. phil.: Selbstorganisationsprinzipien und Evolutionsdynamik in Natur u. Gesellschart, z.Z. Humboldt Universität Berlin (B-Aspirant). Adresse: R.-Breitscheid-Str. 82a, Potsdam, DDR-1590, Tel. 78106.
2. Geschäftsführer Institutsbereich Berlin. Dr.-Ing. (dissipative Strukturübergänge fernab vom Gleichgewicht) und z.Z stud.-theol. am Sprachenkonvikt Berlin; Forschungsgegenstand: Selbstorganisationsprinzipien in der Ideen-, Kultur- und Sozialgeschichte. Adresse: Chausseestraße 107, Berlin, DDR-1040, Tel. 2825563.
3. Dipl.-Ing., Systemanalytiker: Abteilungsleiter Softwareentwicklung, Robotron Export-Import. Adresse: Guntherstraße 3, Berlin, DDR-1130, Tel. 5599283.
4. Dr.theol., Historiker, Dozent am Sprachenkonvikt. Mitinitiator von "Demokratie Jetzt", Teilnehmer am Runden Tisch.
5. Philosoph (Wissenschaftshistoriker): Strukturumbrüche in den Wissenschaften, Akad. d. Wissenschaften., ITW
6. Diplomwirtschaftler (Geld und Kredit), amt. Direktor d. Verbandes d. Genossenschaftskassen der DDR
7. Kunsthistoriker (Gebiet: Stilpluralität und Kunstmarkt im 20. Jh.), Verband Bildender Künstler d.DDR, Berlin.

teilsscheine im Sinne von Kapitalteilhaber-Urkunden an alle DDR-Bürger emittieren. Ausgabe-Stichtag sollte der 18.3.1990 sein, um die Legitimitäts-Kontinuität aus der Vergangenheit in die Zukunft zu gewährleisten.

Die Rechtskonstruktion sollte sich am Modell der Nachlaßverwaltung eines Erblassers zugunsten der legitimen Erbberechtigten orientieren und sollte bewußt an dementsprechende Rechtssätze des bürgerlichen Gesetzbuches der Bundesrepublik angepaßt werden.

Die Entscheidungsbefugnis zur Verwendung dieses Grundkapitals (zum Beispiel hinsichtlich der ordnungs- und ökologiepolitischen Kardinalfrage des Eigentums an volkseigenem Grund und Boden oder die Verkäuflichkeit sowie die spätere Gewinnausschüttung betreffend) dürfte nur demokratisch durch die Bürger der DDR bestimmt werden.

Das heißt, das die Kompetenzen und Aufgaben definierende Statut dieser Treuhandgesellschaft müßte durch die neu gewählte Volkskammer (solange es diese gibt) oder später durch Volksentscheide der Bürger in den Ländern der ehemaligen DDR definiert werden.

Diese Treuhand-Gesellschaft hätte zum Beispiel die Aufgabe, sicherzustellen, daß die Wertbestimmung jedes einzelnen, konkreten Volkseigentums wirklich frei über den Markt erfolgt: eine Wertbestimmung insbesondere im Hinblick auf das qualifizierte und kultivierte Zukunftspotential des Standortes DDR im Herzen Europas an der Nahtstelle zu Osteuropa kann nur über die Nachfrage konkurrierender Interessenten aus der Wirtschaft der ganzen Welt zustandekommen. Dabei ist nicht in erster Linie an Verkauf zu denken, sondern daran, daß bei Joint Ventures die Interessenten über Konkurrenz dazu stimuliert werden, der DDR-Holding möglichst hohe Beteiligungsquoten an den Unternehmen einzuräumen.

Weiterhin wären in allen derartigen Unternehmen Aufsichtsräte zu bilden, in denen das DDR-Interesse auf geeignete Weise entsprechend der Beteiligungsquote repräsentiert wäre (natürlich auch entsprechende Gewinnbeteiligung !).

Schließlich wären die Modalitäten festzulegen, wie mittels der Kapitalbeteiligungsurkunden Wohnungen, Gebäude, Betriebsstätten für private oder genossenschaftliche Firmengründungen durch DDR-Bürger (Vorkaufsrecht ?) erworben werden können.

Ferner sei empfohlen, die Holding als 15 gleichrangige, bezirksgebundene Rechtssubjekte zu gründen mit einem DDR Dachverband, so daß bei dessen Auflösung mit derjenigen der DDR, die Bezirks-Holdings zu Länder-Holdings fusionieren können, die dann den betreffenden Länderparlamenten rechenschaftspflichtig wären.

Im übrigen sollten hinsichtlich des Managements während der Installationsphase nur nachweislich erfolgreiche Führungspersönlichkeiten über ein Ausschreibungsverfahren aus der Wirtschafts- und Finanzwelt z.B. der Bundesrepublik (bei bester Vergütung) geworben werden. Keine Experimente mehr mit sachlicher Inkompetenz!).

Es steht zu erwarten, daß bei einem grundsätzlichen "Ja" zu diesem Vorschlag sofort Kapitalanbieter Schlange stehen werden, daß dann der Wirtschaftsaufschwung sofort beginnt und übersiedlungswillige DDR-Bürger nicht leichtfertig diesen Vermögensanteil auf's Spiel setzen werden.

Die Stabilisierungswirkungen eines solchen Schrittes sind unbestreitbar.

Außerdem hätte die DDR endlich einen konstruktiven Beitrag zur Ausgestaltung der deutschen Rechts-, Währungs- und Wirtschaftsunion geleistet, ohne daß erkennbar wäre, daß irgend jemandem Nachteile entstünden. Nach der viel zu langen Phase der Konzeptionslosigkeit hätte sich die DDR dem Gesetz des Handelns gestellt !

Bei all dem hätten der Runde Tisch und die Regierung in keiner Weise ihre Verantwortungsgrenzen überschritten, da ja die Verantwortung über die zukünftige Verwendung des Volkseigentums an die künftigen, demokratisch legitimierten Parlamente übertragen werden würde.
Nur im Falle weiterer Unentschlossenheit entsteht berechtigt der nachweisliche Vorwurf, eine letztmögliche Vorsorge zugunsten der DDR-Bürger unterlassen zu haben.

Deshalb wird vorgeschlagen, einen Antrag zu stellen, darüber abstimmen zu lassen, ob eine entsprechende Gesetzesgrundlage - unter breitester Einbeziehung aller sachkompetenten Institutionen - an die Volkskammer mit kürestmöglicher Friststellung in Auftrag gegeben werden soll oder nicht!

Gerd Gebhardt

Fordern Sie Ihren Vermögensanteil von einem 16-Millionstel des Volkseigentums

der DDR. Dies steht Ihnen zu! Auch Ihre Mühe steckt darin ! Sollen 40 Jahre vollkommen umsonst gewesen sein ?

Das Volkseigentum hat nach internationalen Angaben insgesamt einen Wert von etwa 100000.- DM pro Kopf. Nun gehen davon 25 % als unverteilbares Staatseigentum (Straßen, Eisenbahn usw.) ab. 20 bis 25 % sollten für gemeinnützige Zwecke (z.B. zum ökologischen Schutz von Naturreservaten) in zweckgebundenes Stiftungseigentum übergehen. Ein weiteres Viertel wird benötigt werden für Ausgleichszahlungen für widerrechtlich im Volkseigentum überführtes Eigentum. So blieben noch 25 000.- DM pro Kopf als privatisierbare Werte. Das aber sollten Sie sich nicht nehmen lassen ! Es sichert Ihre Zukunft !

Wie das funktionieren soll ?
Eine "Treuhand-Anstalt Volkseigentum" würde das Volksvermögen an uns alle gerecht verteilen, nicht verkaufen. Diese könnte Ihnen am 18.03.1990 Ihren Vermögensanspruch rechtssicher als Ihre private Vermögens-Anteil-Urkunde aushändigen !

Vermögens-Anteil-Urkunde

an einem 16 Millionstel Anteil am
Volkseigentum der DDR
zugunsten: Name, Vorname, geboren am .....
in ....., ausgegeben am 18.03.1990 von der Treuhand-Anstalt Volkseigentum des Bezirkes .....

Diese Urkunde (und nicht Ihre Ersparnisse) geben Sie in Zahlung, wenn Sie

- Ihre volkseigene Wohnung als Eigentumswohnung erwerben wollen. Mietwucher wäre dann kein Thema mehr für Sie !

- Wenn Sie ein Gewerbe eröffnen wollen, brauchen Sie Geschäfts- oder Betriebsräume. In einem der vielen unrentablen VEB's werden Sie Ihren Raum finden. Sie erwerben Ihn mit Ihrer Vermögens-Urkunde.

- Ist Ihr Vorhaben größer, so können Sie mit Kollegen Ihrer Wahl und mit deren Volks-Vermögensanteilen gemeinsam eine Genossenschaft oder eine GmbH in einem ehemaligen VEB aufbauen.

- Oder wollen Sie lieber gewinnträchtige Aktien an lukrativen Gemeinschaftsunternehmen mit weltbekannten Firmen halten? Über die von Treuhand-Anstalt können Sie diese mit Ihrer Urkunde erwerben. Und die steigen mit dem neuen Wirtschaftswunder rasch im Wert.
  Aktien

- Sie sehen kostspieligen Gerichts-Prozessen mit einem früheren Eigentümer des Grundstücks entgegen, das Sie seit Jahren nutzen? Die Treuhand-Anstalt Volkseigentum nähme Ihr Interesse vor Gericht wahr und könnte einen Teil des Gesamt-Volksvermögens verwenden, um gerichtlich anerkannte Ansprüche Dritter an Ihrem Grundstück auszugleichen !

In kurzer Zeit wäre auf diese Weise das Gesamt-Volksvermögen aufgeteilt, es wäre auch in Ihrer Hand. Die anfänglich mächtige Treuhand-Anstalt würde Ihre Tätigkeit einstellen. Ein Unterschlupf für die alten Funktionäre gäbe es dort also nicht.

Natürlich könnten Sie dann all diese Vermögenswerte, die dann Ihr Privateigentum sind, auch verkaufen oder vererben !
Das neue deutsche Wirtschaftswunder würde nicht an Ihnen vorübergehen.

Wo nun das Problem liegt ?

Nach dem bisherigen Regierungsentwurf vom 7.3.1990, müßten Sie all diese Vermögensanteile kaufen. Wer kann Ihnen aber etwas verkaufen, das doch eigentlich Ihnen schon gehört. Denn auch Sie gehören zum Volk. Und wer sind denn diejenigen, die über die hohen Sparguthaben verfügen ? Meist die vom SED-Regime privilegierten Funktionäre. Und sollen die sich zu guter letzt doch noch die Beute aufteilen und Sie gehen wieder leer aus ? Verhindern Sie das doch einfach !

Was können Sie nun noch tun, damit auch für Sie günstige Startbedingungen in eine Marktwirtschaft verwirklicht werden? Damit jeder sein Startkapital und eine gerechte Chance als freier Wirtschaftsbürger bekommt und nicht als Habenichts nur auf soziale Almosen angewiesen ist?

Wählen Sie die Partei, die sich für Ihren legitimen Anteils-Anspruch am Volkseigentum, für Ihr Startkapital nach dem 18.03.1990 einsetzt !

Verdeutlichen Sie Ihren Besitzanspruch am Volkseigentum, senden Sie umstehende Willenserklärung sofort an uns ! Wir leiten diese gesammelt und vor aller Öffentlichkeit an die Regierung, an die Volkskammer und an den Runden Tisch weiter ! Genug der Worte, nun muß sofort gehandelt werden ! Aber es wird eine Minute vor Zwölf nur noch gehandelt, wenn auch Sie dies wollen ! Die letzten Monate haben dies bewiesen (Fall der Mauer, Stasi und SED weg, Zug zur deutschen Einheit)!

Und: nur von Demokratie, nur von blumigen Versprechungen, nur von einer Fahne allein können Sie sich noch nichts kaufen - erst Besitz schafft Existenzsicherheit !

Unterzeichner:

Ausschneiden, abschicken !
Vergessen Sie auch Ihre Freunde und Familienmitglieder nicht !

Willenserklärung

Hiermit fordere ich meinen Anteil am Volkseigentum der DDR !

An
Logistik-Zentrale »Treuhand-Anstalt-Volkseigentum«

Name:
Vorname:
Anschrift:

Postfach ???
B E R L I N
1 0 ? ?

BÜNDNIS 90
Bürger für Bürger

Liebe Wählerinnen, liebe Wähler!
Bisher verfügte die SED-Führung über das Volkseigentum. Jetzt ist es herrenlos. Vielfach wurden Gesellschaften gegründet. Die alten Chefs wurden die neuen Gesellschafter. Aus Kommunisten wurden Kapitalisten, die sich Teile des Volkseigentums aneigneten. Dem wurde jetzt durch eine Initiative von Minister Ullmann (BÜNDNIS 90) ein Riegel vorgeschoben. Eine der Volkskammer verantwortliche Treuhandstelle zur Verwaltung des Volkseigentums wurde geschaffen.

Das BÜNDNIS 90 setzt sich dafür ein, daß das Volksvermögen nun wirklich in die Hände des Volkes gelegt wird, d.h. Sie Ihren Anteil daran bekommen. Nach internationalen Angaben, wie auch nach Schätzungen des Vermögensverwalters Graf Matuschka, liegt der Wert bei mindestens **25.000.- DM** pro Kopf der Bevölkerung.

BÜNDNIS 90 will Ihren Anteil am Volkseigentum sichern

Das wollen wir für Ihre Zukunft sicherstellen:
Jeder Bürger bekommt den gleichen Anteil und eine Urkunde darüber. Sobald die marktwirtschaftliche Bewertung des Volkseigentums erfolgt ist, können Sie diese Urkunde in Zahlung geben, wenn Sie
- Ihre volkseigene Wohnung als Eigentum erwerben wollen,
- Geschäftsräume für ein Gewerbe brauchen,
- Aktien an Ihrem oder an einem anderen Betrieb erwerben möchten,
- mit anderen zusammen eine Genossenschaft oder GmbH in einem ehemaligen VEB aufbauen wollen.

Natürlich können Sie die von Ihnen erworbenen Vermögenswerte auch verkaufen oder vererben.
Die Treuhandstelle stellt ihre Tätigkeit ein, sobald das Vermögen an die Bevölkerung übergeben worden ist.
Der wirtschaftliche Aufschwung in der DDR wird nicht an Ihnen vorüber gehen.

Geben Sie Ihren Anteil nicht preis!
Kein Anschluß der DDR unter Art. 23 des Grundgesetzes!
Zusammen mit uns, dem unabhängigen BÜNDNIS 90 für Ihre Interessen!

BÜNDNIS 90
Bürger für Bürger
NEUES FORUM
DEMOKRATIE JETZT
INITIATIVE FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE

Entscheiden Sie sich am 18. März für Ihre Rechte als Bürger !

Vermögens-Anteil-Urkunde

an einem 16 Millionstel Anteil am
Volkseigentum der DDR
zugunsten: Name, Vorname, geboren am .....
in ....., ausgegeben am 18.03.1990 von der Treuhand-Anstalt Volkseigentum des Bezirkes .....